

28. März 2007
Der Standard

Jetzt Poker um weiteren U-Bahn-Bau Stadt Wien verhandelt mit Bund - Die Finanzierung der U-Bahn- Verlängerungen nach Aspern und Rothneusiedl ist immer noch offen

Wien – Kaum ist der erste Investitionsbrocken für den Ausbau der österreichischen Verkehrsnetze auf dem Tisch – wird bereits der nächste für Wien verhandelt: Jetzt geht es um die Finanzierung des weiteren U-Bahn-Ausbaus. "Das wird nun von Finanzstadträtin Brauner mit Vizekanzler Wilhelm Molterer verhandelt – die Gespräche verlaufen sehr gut", berichtete Bürgermeister Michael Häupl am Dienstag im STANDARD-Gespräch.

Wie es aussieht, könnte es dabei allerdings ein Art Gegengeschäft geben: "Es werden Dinge, die im Grunde nichts miteinander zu tun haben, verhandelt und zu einem Paket geschnürt", deutete Häupl an. Oder, wie es in Wien heißt: Eine Hand wäscht die andere und beide das G'sicht.

Die Zeit drängt jedenfalls. Vor allem für die geplante Verlängerung der U-Bahn-Linie U1 nach Süden bis zum Stadtentwicklungsgebiet Rothneusiedl und der U2 im Norden bis zum Stadtentwicklungsgebiet auf dem ehemaligen Flughafen Aspern. Derzeit sind nur die derzeit laufenden U-Bahn-Arbeiten bis 2011 gesichert.

Gleichzeitig verteidigte Häupl am Dienstag die am Vortag vom Bund präsentierten Ausbaupläne für die Eisenbahn- und Straßen-Infrastruktur: "Immerhin werden rund fünf Milliarden Euro – das ist fast die Hälfte aller Ausgaben in Österreich – in Wien investiert. Außerdem ist das nicht mehr wie früher nur eine Auflistung der Länderwünsche, sondern es werden klare Prioritäten gesetzt."

Scharfe Kritik am Infrastrukturalpaket gab es Dienstag seitens der Grünen: "Eine Weichenstellung zu einer Verkehrspolitik der Zukunft sieht anders aus. Allen schönen Worten von der Verlagerung auf die Schiene zum Trotz präsentiert die Regierung eine erneute Straßenbauoffensive", sagte Verkehrssprecherin Gabriela Moser. Das Straßenausbau-Programm sei eine Einladung zu mehr Transit und steigendem Autopendlerverkehr. Moser will eine Verkehrspolitik wie in der Schweiz auch in Österreich realisieren: Ausweitung der Bahn-Bauprojekte und Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut zur Finanzierung.

Grüne: Planungsstopp

Für Rüdiger Maresch, Verkehrs- und Umweltsprecher der Wiener Grünen, ist der Infrastrukturplan eine "wirtschafts- und verkehrspolitische Katastrophe für Wien". Maresch fordert deshalb die Zurücknahme des Infrastrukturplans, den Planungsstopp für die Lobauautobahn und stattdessen den Bau der Umfahrungsstraße B3d. Dazu Häupl: "Zu dem Vorwurf, dass da eine ‚Steinzeitpolitik‘ betrieben werde, möchte ich nur eines sagen: In Wien werden zwei Drittel der Mittel in die Schiene und nur ein Drittel in den Straßenbau investiert." (frei, spe, DER STANDARD - Printausgabe, 28. März 2007)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2822047>